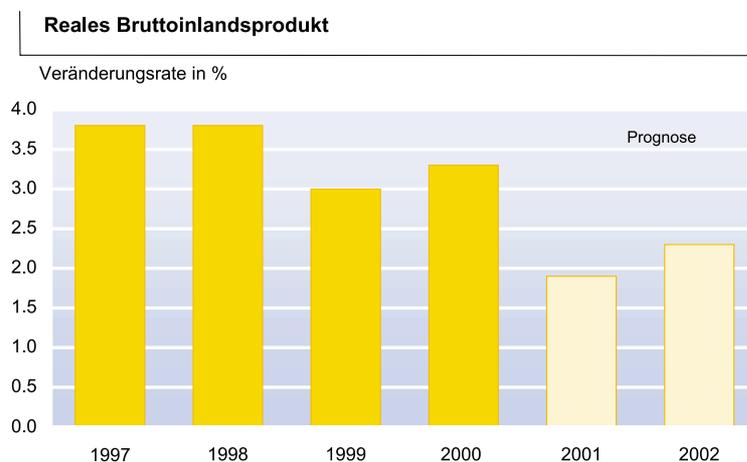


Deutliches Wirtschaftswachstum im Jahre 2000. Abflauende Konjunktur 2001. Allmähliche Erholung 2002. Leicht stimulierende Geldpolitik. Finanzpolitik konsolidierungsorientiert. Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Allmähliche Inflationsberuhigung. Leistungsbilanzdefizit besorgniserregend hoch.

Auffallend im politischen und sozialen Spektrum ist die fortgesetzte Schwächung der Position von Regierung und des sie tragenden Partido Socialista (PS), der im Parlament nur gerade über die Hälfte der Sitze verfügt. Dabei hatte das Jahr 2001 in ihrem Sinne begonnen, als Jorge Sampaio für weitere fünf Jahre als Staatspräsident bestätigt wurde. Dieser erfreut sich dank seiner überparteilichen und ausgleichenden, aber auch eine kritische Stimme der Nation verkörpernden Haltung allgemeiner Wertschätzung. Der Wahlsieg brachte für die Regierung jedoch nicht die bis zu den Gemeindewahlen Ende 2001 erhoffte Atempause, aufgrund des enormen personellen Verschleißes in den nunmehr sechs Regierungsjahren des Kabinetts Guterres. Diese letzte umfangreiche Regierungsumbildung führte auch noch zu einem Rechtsruck, was heftigen innerparteilichen Widerspruch weckte. Er addiert sich zu dem schwindenden Rückhalt des Premierministers bei Unternehmern und Gewerkschaften, und selbst die Kirche sowie die Armee äußern sich zunehmend kritisch.

Das Jahr 2000, in dem Portugal während des ersten Semesters die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, war wegen der hierbei erfolgten Überforderung der Administration innenpolitisch verloren. Überfällige Reformen des Schul- und Gesundheitssystems sowie der öffentlichen Verwaltung lassen jetzt noch auf sich warten, die auf billige Arbeitskräfte setzende entwicklungspolitische Strategie scheint zu scheitern, und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht vergrößerte sich bedenklich. Unter diesen Verhältnissen sammelt die unter sich zerstrittene Opposition Punkte. Das gilt vor allem für den bürgerlich-liberalen Partido Social Democrata (PSD), der gemäß Wählerumfragen mit dem PS stimmenmäßig etwa gleichgezogen hat, aber an einem baldigen Sturz der Regierung nicht interessiert zu sein scheint, im Gegensatz zum konservativen Partido Popular, der baldige Neuwahlen fordert.

Wirtschaftspolitisch ist die Lage gleichwohl einigermaßen berechenbar, da PS und PSD die Staatsfinanzen weiter konsolidieren wollen und auch letzterer noch kein ausgereiftes Konzept zur Behebung der Strukturprobleme vorzuweisen hat. Allerdings drängt die Zeit, denn für ausländische Investoren wird Mitteleuropa zunehmend zu einer Alternative zu Portugal.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

## Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen sich wie folgt dar: In den USA nahmen Nachfrage und Produktion um 4,1% zu. In Japan ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In Westeuropa wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% ausgeweitet. In der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Eu-

ro-Raum erhöhte es sich um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der Wechselkurs des Euro sank im Schnitt des Jahres auf 0,92 US-Dollar von 1,07 US-Dollar im Jahre 1999. Das Volumen des Welthandels expandierte in einer Größenordnung von 12%.

In Portugal ist der in den letzten zwei Jahrzehnten zu beobachtende wirtschaftliche Aufholprozess zum Stillstand gekommen. Mit 3,3% nahm das reale **Bruttoinlandsprodukt** entsprechend dem westeuropäischen Durchschnitt und nicht mehr wie zuvor spürbar rascher zu als dieser; der wirtschaftliche Aufholprozess gegenüber den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist also ins Stocken geraten. Dabei hatte die Konjunktur gegenüber 1999 noch etwas zugelegt, leicht stimuliert von der Wirtschaftspolitik. Allerdings war die Exportsteigerung erheblich hinter der westeuropäischen Ausfuhrerweiterung zurückgeblieben. Da sich die Schere zwischen Export und Import noch weiter öffnete, erreichte das Defizit der Leistungsbilanz eine besorgniserregende Höhe. Zudem beschleunigte sich die Inflation. Auf dem Arbeitsmarkt wurde die Lage erneut besser, wenn auch nur noch langsam.

Die **Ausfuhr** von Waren und Dienstleistungen gewann im Sog der boomenden Weltwirtschaft kräftig an Dynamik und wurde wieder zum wichtigsten Zugpferd der Konjunktur. Mit 7,9% (nach lediglich 3% im Jahre 1999) war die Zunahme jedoch nicht nur wesentlich schwächer als im übrigen Westeuropa, sondern es wurden auch weiterhin Marktanteile im Ausland verloren. Ursachen waren vor allem die weiter relativ stark erhöhten Lohnstückkosten sowie eine recht verhaltene Touristensaison nach dem exzellenten Jahr 1999. Da der **Import** um 7,4% expandierte und die Terms of Trade erheblich schlechter wurden, wies die **Leistungsbilanz** mit 10,2% des BIP ein Rekorddefizit aus. Dieses ist nicht nur wegen seiner Höhe, sondern auch wegen seiner strukturellen Veränderungen alarmierend.

Bei den **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 5,4%) setzte sich die seit 1998 zu beobachtende deutliche Verringerung der Zuwachsraten fort. Das gilt auch für die Ausrüstungsinvestitionen, obwohl die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie noch etwas gestiegen war und über dem langjährigen Durchschnitt lag. Aber die Wahrscheinlichkeit einer konjunkturellen Abschwächung erhöhte sich, und die hohen Zinsen bremsten. Die Baukonjunktur war tief gespalten. Während der Wohnbauboom 1996/98 aufgrund gestiegener Zinsen und rasant ausgeweiteter Verschuldung der privaten Haushalte zuletzt in eine Rezession umschlug, blieb der in erheblichem Maße von der EU finanzierte öffentliche Bau kräftig aufwärts gerichtet.

Die in den beiden Vorjahren noch ausgesprochen starke Expansion des **privaten Konsums** verlor im Verlauf erheblich an Tempo, obwohl die Reallöhne kräftiger stiegen als zuvor. Aber die Belastung der Haushalte durch den Schuldendienst war rasch gewachsen und führte zu einer Eintrübung des Konsumklimas; die Verschuldung lag bei reichlich drei Viertel des verfügbaren Einkommens, nach nur 18,5% im Jahre 1990. Auch nahm die Beschäftigung langsamer zu. Die Expansion des **öffentlichen Verbrauchs** wurde nicht, wie konsolidierungspolitisch geboten, gebremst, sondern sogar noch auf 4% beschleunigt.

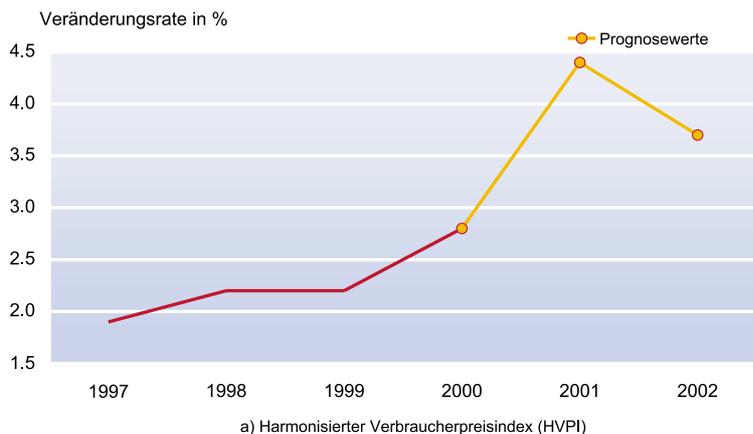
Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage langsamer als zuvor. Die Ressourcen vor allem an qualifizierten Kräften waren nahezu ausgeschöpft. Gegenüber 1999 nahm die Beschäftigung um 1,7% zu, und die Arbeitslosenquote sank auf 4,2%.

Trotz seit dem Frühjahr eingefrorener Treibstoffpreise beschleunigte sich die Inflation, hauptsächlich bedingt durch Ölverteuerung und Dollaraufwertung. Doch auch die kräftig erhöhten Lohnstückkosten trugen zur raschen Teuerung bei. Die **Konsumentenpreise** lagen um 2,8% über dem Niveau von 1999.

### Wirtschaftspolitik

Heuer gibt die Wirtschaftspolitik der Konjunktur nur moderate Anstöße. So kommen von Geld- und Finanzpolitik schwache, von dem hohen Wechselkurs des US-Dollar aber immer noch deutliche Impulse. 2002 wird die Geldpolitik zwar leicht stimulieren. Aber die Finanzpolitik dürfte etwa neutral wirken.

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB) war bis ins laufende Jahr hinein leicht restriktiv. Der Schlüsselzins wurde vom Herbst 1999 bis Herbst 2000 im mehreren Schritten von 2,5 auf 4,75% erhöht, als Reaktion auf raschere Teuerung und konjunkturelle Überhitzungserscheinungen in einigen Ländern. Wie die Entwicklung der lang- und kurzfristigen Zinsen zeigt, konnten auf diese Weise aufkommende Inflationserwartungen gedämpft werden. Auch das Wirtschaftswachstum wurde gebremst, da die langfristigen Zinsen bis zum dritten Quartal anzogen; sie lagen um 0,9 Prozentpunkte über dem Niveau von 1999. Kein Wunder, bei der hohen Verschuldung vor allem der portugiesischen Konsumenten. Seitdem sind die Langfristzinsen allerdings wieder etwas gesunken. Die kurzfristigen Zinsen sind im Mai 2002 zurückgegangen, nachdem die EZB ihren Schlüsselzins trotz immer noch rascher Geldentwertung um 1/4 Prozentpunkt zurückgenommen hat mit dem Hinweis auf die abzusehende Verlangsamung des Preisaufriffs u.a. als Folge der im Allgemeinen gerade noch moderaten Lohnerhöhungen und der laufenden konjunkturellen Abkühlung. Im

**Konsumentenpreise<sup>a)</sup>**

a) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

weiteren Verlauf dieses Jahres könnte die EZB angesichts des rasanten Zinsrückgangs in den USA, der Abschwächung der Inflation im Euro-Raum und der nur noch schwach steigenden gesamtwirtschaftlichen Produktion die Zinsen in einem oder zwei kleinen Schritten weiter senken.

Für Portugal wäre allerdings eine monetäre Lockerung trotz des auch hier abflauenden Wirtschaftswachstums verfrüht. Denn die Teuerung (Anstieg der Konsumentenpreise im Juni 2001: 4,6% im Vorjahresvergleich) ist noch kräftiger als im Schnitt des Euro-Raums, das Leistungsbilanzdefizit ist sehr hoch, und ganz generell sind die negativen Entwicklungen der vergangenen Jahre, während derer das Land über seine Verhältnisse gelebt hat, noch längst nicht abgeklungen. Und schließlich ist der Beschäftigungsstand durchaus befriedigend. Auch hier zeigt sich also der problematische geldpolitische Spagat der EZB, mit ihrer Politik gleichzeitig Ländern mit hoher und niedriger Inflation gerecht zu werden. Die Lockerung der monetären Zügel wird infolge von Wirkungsverzögerungen erst im Jahre 2002 spürbar. Dann wird die Geldpolitik der EZB im Euro-Raum leicht expansiv sein.

Die Finanzpolitik hatte, wie in anderen Ländern des Euro-Raums auch, in ihren Bemühungen um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte seit 1998 stark nachgelassen, obwohl unter konjunktur- und stabilitätspolitischen Gesichtspunkten nur eine geringe Lockerung der restriktiven Linie geboten gewesen wäre – aber die Teilnahme an der Euro-Zone war ja geschafft. Zwar ist das ursprünglich anvisierte Ziel einer Rückführung des öffentlichen Finanzierungsfehlbetrags auf 1,5% des BIP mit 1,4% sogar leicht unterboten worden. Aber das war nur mit Hilfe der Einnahmen aus Versteigerungen von UMTS-Lizenzen möglich. Rechnet man diesen Effekt heraus, dann ergibt sich ein Minus von 1,7% des BIP. Der mit der EU abgesprochene Stabilitäts- und Konvergenzplan sieht für 2001 und 2002 Defi-

zitraten von 1,1 bzw. 0,7% vor. Da infolge des schwächer als im Staatshaushalt 2001 unterstellten Wirtschaftswachstums (man war von einer Zunahme des realen BIP um 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% ausgegangen) die öffentlichen Einnahmen schwächer, die Ausgaben jedoch stärker als budgetiert gestiegen sind und möglicherweise die durch die Steuerreform bedingten Ausfälle höher sind als projiziert, wurde im Juni ein Nachtragshaushalt verabschiedet, der hauptsächlich Ausgabenkürzungen von 750 Mill. Euro, aber auch zusätzliche Maßnahme zur Sparförderung (um dem Aktienmarkt auf die Beine zu helfen) vorsieht. Gleichwohl muss hier, wie in den meisten anderen EU-Ländern auch, mit einer Verfehlung der Konsolidierungsziele sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr gerechnet werden. Dies, obwohl auch heuer wieder Privatisierungseinnahmen anfallen, wenn auch in geringerem Umfang als in den Vorjahren, und verschärft gegen die stark ausgeprägte Steuerhinterziehung vorgegangen werden soll (wobei noch abzuwarten ist, ob das auch soviel bringt wie zuletzt in Italien).

Aus der vierten und letzten Privatisierungsrunde der Auto-Estradas de Portugal gingen etwa 140 Mill. Euro ein. Die Restprivatisierung des national führenden Zementherstellers Cimpor brachte dem Staat etwa 410 Mill. Euro. Doch es ist bei Fortdauer der gegenwärtigen Börsenverfassung zweifelhaft, ob die heuer mit rund 2 Mrd. Euro angesetzten Privatisierungserlöse auch erreicht werden können; für den Zeitraum Mitte 2000 bis Mitte 2002 sollen insgesamt 4,35 Mrd. Euro an Erlösen erzielt werden. 2002 sind bei fortgesetzter Steuerreform verstärkt Kürzungen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte zu erwarten, so dass die Finanzpolitik insgesamt etwa konjunkturneutral wirken dürfte. Das mit der EU abgesprochene Konsolidierungsziel – Verringerung des öffentlichen Finanzierungsdefizits auf 0,7% des BIP – wird vermutlich verfehlt.

Anfang 2001 trat der erste Teil einer umfassenden Steuerreform in Kraft. Sie ist, wie in anderen westeuropäischen Ländern, auch als Preis für Mäßigung der Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen gedacht. Vor allem bei der Einkommensteuer (IRS) kommt es insgesamt zu spürbaren Entlastungen, und zwar hauptsächlich für Bezieher niedriger Einkommen. Statt 0,9 Mill. im Jahre 2000, werden heuer 1,6 Mill. Einkommensbezieher von dieser Steuer nicht mehr erfasst. Besserverdienende werden hingegen teilweise höher belastet, ganz abgesehen davon, dass die Besteuerungsbasis generell verbreitert wurde. Entlastungen gibt es auch bei der Körperschaftsteuer (IRC). Unter anderem verringert sich der Normalsatz heuer von 34 auf 32% – 2002 sinkt er weiter auf 30% –, für Kleinunternehmen sogar auf 25%.

Einkommenspolitisch hält man an dem 1992 mit den Gewerkschaften vereinbarten, auf moderate Lohnerhöhungen abzielenden Kurs fest. Aber obwohl dieser 1996 mit einem »Strategischen Sozialpakt« zusätzlich abgesichert wurde, waren die Lohnsteigerungen während der letzten Jahre (Reallohnanstieg pro Kopf 1999 1,8% und 2000 2,8%) sehr hoch – so hoch, dass sie die Entwicklungsstrategie der Regierung gefährden, deren wichtigster Pfeiler niedrige Löhne sind. Dies besonders mit Blick auf die etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechenden Produktivitätsfortschritte. Die heuer anlaufende Steuerreform mit ihren Erleichterungen vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen, aber auch die konjunkturelle Abschwächung sollte 2001 und bis ins Jahr 2002 hinein für moderate Lohnabschlüsse sorgen.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion erreicht in Japan nur knapp das Niveau des Vorjahres. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt deutlich unter das Niveau von 2000. Der Wechselkurs des Euro beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des Welt Handels steigt in einer Größenordnung von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.

In Portugal hat die Konjunktur an Schwung verloren. Im ersten Quartal nahm das reale Bruttoinlandsprodukt zwar im Vorjahresvergleich um 2,2% zu. Gegenüber dem vierten Quartal 2000 hat es jedoch annähernd stagniert. Die Klimaindikatoren signalisieren eine Fortsetzung der flauen Entwicklung auch über die Jahresmitte hinaus. Ursachen sind eine deutliche Exportabschwächung, bedingt durch das im Vergleich zu 2000 wesentlich ungünstigere weltwirtschaftliche Umfeld sowie die sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Aber auch die Inlandsnachfrage hat an Dynamik verloren. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um knapp 2% expandieren, also etwa im Rhythmus Westeuropas. Das wäre ein weiteres verlorenes Jahr im Aufholprozess und ein nochmaliger relativer Rückschritt für die entwicklungsmäßig noch deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Volkswirtschaft. Allerdings ist diese Atempause geboten, um die infolge konjunktureller Überhitzung in den letzten Jahren entstandenen Fehlentwicklungen zu beheben und vor allem Preisauftrieb und Leistungsbilanzdefizit wie-

der unter Kontrolle zu bekommen. Die Preise steigen seit der Jahresmitte langsamer. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich nur wenig und bleibt insgesamt befriedigend. Das Defizit der Leistungsbilanz geht in Relation zum BIP zurück, bleibt aber alarmierend.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (ca. + 4%) gerät im Verlauf in eine Flaute, da die Weltkonjunktur schwach ist und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit portugiesischer Anbieter erneut schlechter wird. Da etwa ein Fünftel des Warenexports auf Automobile entfällt, wirkt die weltweit schleppe Pkw-Nachfrage spürbar retardierend. Die Lieferungen in den Dollar-Raum dürften wegen des hohen Dollarkurses lebhafter steigen als nach Westeuropa, wohin etwa 85% der Warenausfuhr gehen. Der Import wird infolge der gedämpften Inlandsnachfrage erheblich schwächer als der Export ausgeweitet. Die Leistungsbilanz weist infolgedessen einen in Relation zum BIP sinkenden Fehlbetrag aus. Der Abbau des immer noch bei reichlich 9% liegenden Defizits wäre jedoch stärker, wenn sich nicht die Terms of Trade nochmals verschlechtern würden, wenn auch erheblich weniger als im Jahr 2000.

Die Bruttoanlageinvestitionen erreichen nicht ganz das Niveau des Vorjahres, obwohl auch die Unternehmen durch die Steuerreform entlastet werden. Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen trotz des bis zuletzt hohen Auslastungsgrads der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie moderat zu. Denn die Absatz- und Ertragsaussichten haben sich eingetrübt, und seit Jahresbeginn bezeichnen die Unternehmen zunehmend ihre Kapazitäten als ausreichend zur Bewältigung der Produktion. Es gibt zudem Hinweise darauf, dass die bei (gemessen am westeuropäischen Mittel) lediglich durchschnittlichem Produktivitätsfortschritt weiter klar überdurchschnittlich steigenden Löhne ein wachsendes Handicap für die Gründung neuer oder die Erweiterung bestehender Unternehmen durch ausländische Investoren bilden. Als weitere Ursache wird die unzureichende Flexibilität des Arbeitsmarktes gesehen. Vor allem mitteleuropäische Standorte gewinnen gegenüber Portugal an Attraktivität. Die Baukonjunktur ist sehr gespalten. Einerseits floriert der mit EU-Mitteln großzügig subventionierte öffentliche Bau; vor allem in die Verkehrsinfrastruktur fließt viel Geld. Andererseits setzt sich die Ende 2000 begonnene Rezession im Wohnungsbau fort, obwohl die Zinsen abwärts tendieren. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, der starke Baukostenanstieg, die Ausweitung des Angebots durch den Boom der Vorjahre, sowie die gedrückten Konjunkturaussichten wirken dämpfend. Der gewerbliche Bau tendiert eher moderat aufwärts, angeregt vom Dienstleistungsbereich, der hauptsächlich in den Agglomerationen investiert.

Die Expansionsrate des privaten Konsums schwächt sich weiter auf knapp 2% ab. Dies trotz der Einkommensteuersenkung, von der schwerpunktmäßig Bezieher niedriger Ein-

kommen mit hoher marginaler Verbrauchsneigung bevorzugt werden. Das durch Konsumentenbefragungen ermittelte Konsumklima ist bereits seit 1999 tendenziell weniger günstig geworden. Im Sommer lag der Index unter dem Durchschnitt des Vorjahres und sogar erheblich unter dem Niveau der neunziger Jahre. Die Stimmungsverschlechterung findet ihre Entsprechung in der Entwicklung des Geschäftsklimas im Einzelhandel. Bremsend wirken die nicht mehr ganz so kräftig steigenden Reallöhne, die leichte Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt, die gedämpften Konjunkturerwartungen sowie die während der zurückliegenden Jahre rasant erhöhte Verschuldung – sie hatte im Jahr 2000 88,4% der verfügbaren Einkommen erreicht, nach nur 18,5% im Jahre 1990 – und die hieraus resultierenden Zins- und Tilgungszahlungen. Der öffentliche Verbrauch (etwa + 1 1/2%) verliert empfindlich an Schwung.

Auf dem Arbeitsmarkt tritt eine deutliche Entspannung ein. Die verschiedentlich spürbar gewordenen Knappheitserrscheinungen werden seltener, auch weil per Saldo die Zuwanderung portugiesischer Gastarbeiter und Illegaler aus Nordwestafrika anhält. Im Verlauf erhöht sich die Beschäftigung nicht mehr; gegenüber 2000 expandiert sie nur noch moderat. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf etwa 4 1/4% steigen. Im westeuropäischen Vergleich bleibt die Situation jedoch immer noch recht befriedigend.

Der Auftrieb der Konsumentenpreise erreichte im Mai 2001 mit 4,9% (Vorjahresvergleich) den Höhepunkt des von Energieverteuerung, Dollaraufwertung und konjunkturellen Überhitzungserscheinungen ausgelösten »Inflationsbuckels«. Seither gehen die Inflationsraten zurück. Aus der Entwicklung der Erzeugerpreise kann auf eine Fortsetzung dieser Tendenz geschlossen werden. Hierzu trägt nicht nur die Verbilligung des Erdöls und die leichte Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, sondern auch die konjunkturelle Ab-

kühlung bei. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise um rund 4 1/2% über dem Niveau des Jahres 2000 liegen.

### Wirtschaftsentwicklung 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden unterstellt: In den USA steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2 1/2%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um ca. 1/2% zu. In Mitteleuropa expandiert die gesamtwirtschaftliche Produktion um fast 3 1/2%. In Westeuropa, der EU sowie im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 1/2%; in Deutschland dürfte die Rate bei 2 1/4% liegen. Der Einfuhrpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Durchschnitt des Jahres ungefähr 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) entsprechen auf Dollar-Basis knapp dem Niveau des Vorjahres. Der Wechselkurs des Euro liegt im Jahresmittel innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 6 1/2%.

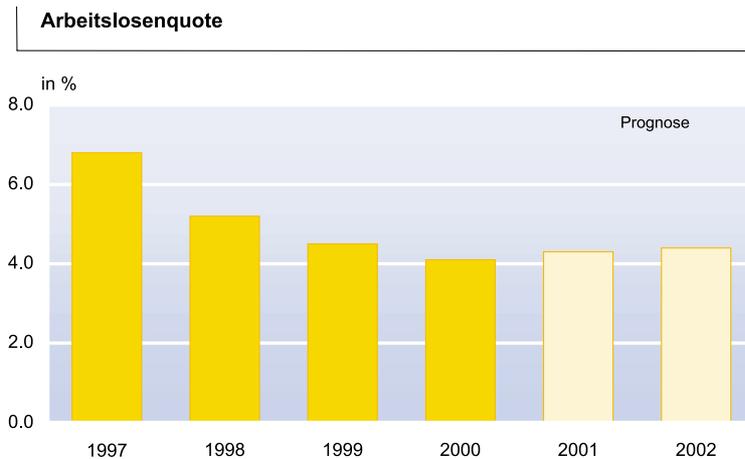
In Portugal erholt sich die Konjunktur allmählich wieder. Von der Erholung der Weltkonjunktur sind bei immer noch exportförderndem Dollarkurs kräftige Anstöße zu erwarten, obwohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter sinkt. Von der Inlandsnachfrage gehen hingegen nur moderate Impulse aus, zumal die Wirtschaftspolitik nur wenig stimuliert. Die Gewöhnung an eine, den Ressourcen entsprechende interne Nachfrageentwicklung ist noch nicht abgeschlossen, nachdem man bis 1999 über die Verhältnisse gelebt hat. Ein weiteres Stocken des wirtschaftlichen Aufholprozesses gegenüber dem EU-Durchschnitt ist die Folge. Denn das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte nur um ungefähr 2 1/4% expandieren. Diese Rate entspricht vermut-

#### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1998	1999	2000	2001 <sup>a)</sup>			2002 <sup>a)</sup>		
				BdP <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	BdP <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,0	3,3	2,2	2,6	2,6	2,3	2,6	2,8
Inlandsnachfrage	6,3	5,1	3,6	1,8	2,6	2,8	2,0	2,5	3,1
Privater Verbrauch	5,9	4,8	3,1	2,2	2,0	2,1	2,3	2,0	2,4
Staatsverbrauch	3,0	3,8	4,0	1,7	1,5	1,4	1,0	1,5	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	9,1	6,4	5,4	0,0	4,5	6,0	1,0	4,1	5,3
Exporte <sup>e)</sup>	7,7	3,0	7,9	6,0	6,4	7,7	6,2	6,5	8,1
Importe <sup>e)</sup>	13,8	8,5	7,4	4,0	5,4	7,0	4,3	5,4	7,5
Industrieproduktion <sup>f)</sup>	5,7	3,0	0,5	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,2	2,2	2,8	3,8	3,5	3,7	2,6	2,3	3,3
Arbeitslosenquote	5,2	4,5	4,1	n.a.	4,6	4,1	n.a.	5,1	4,2
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>g)</sup>	- 7,4	- 9,0	- 10,2	n.a.	- 9,6	- 9,7	n.a.	- 9,3	- 9,6
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	- 2,3	- 2,1	- 1,4	n.a.	- 1,5	- 1,2	n.a.	- 1,5	- 1,1

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> Banco de Portugal, vom Juni 2001. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom Mai 2001. – <sup>e)</sup> Güter- und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> Ohne Bau. – <sup>g)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

lich nur knapp dem westeuropäischen Mittel. Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Lage kaum, bleibt aber befriedigend. Der Preisauftrieb beruhigt sich zunächst weiter. Das Defizit der Leistungsbilanz verringert sich, bleibt aber sehr hoch.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen (etwa + 5 1/2%) gewinnt im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung zunehmend an Schwung, auch weil die Automobilkonjunktur in Westeuropa und in Übersee wieder anzieht. Dabei erweist sich der Dollarkurs trotz leicht aufwärts gerichteter Tendenz für die Exportwirtschaft immer noch als günstig. Hinderlich sind andererseits die neuerlich stärker als bei den wichtigsten Handelspartnern steigenden Lohnstückkosten, obwohl sich diese langsamer erhöhen als zuvor. Da die Einfuhr infolge der moderat expandierenden Inlandsnachfrage spürbar langsamer steigt als die Ausfuhr und die Terms of Trade etwas günstiger werden, geht der Fehlbetrag der Leistungsbilanz nochmals zurück. Er bleibt aber sehr hoch, so dass im außenwirtschaftlichen Bereich von einer Normalisierung noch keine Rede sein kann. Dies umso weniger, als Mitteleuropa für ausländische Investoren zu Lasten Portugals als Investitionsstandort an Attraktivität zu gewinnen scheint. Das könnte den zum Ausgleich des Leistungsbilanzdefizits nötigen Kapitalzufluss gefährden.

Die Bruttoanlageinvestitionen kommen nur sehr langsam aus dem vorjährigen Tief heraus. Zwar nehmen die Ausüstungsinvestitionen wieder lebhafter zu, da die Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie gut ausgelastet sind und die Absatz- und Ertragsersparungen günstiger werden. Auch dürfte verstärkt in die Rationalisierung der Produktion investiert werden, um den Lohnkostendruck durch zunehmende Produktivitätsgewinne in steigendem Maße kompensieren zu können. Aber die Rezession im Wohnungsbau, auf den etwa die Hälfte des Bauvolumens ent-

fällt, dürfte sich sogar noch verstärken. Zum einen bremst die hohe Verschuldung der privaten Haushalte weiterhin, und zum anderen wächst der Bedarf nach dem Bauboom in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre nicht mehr so stark, obwohl die Immigration anhält und vielfach der Wunsch nach Zweitwohnungen vor allem an den Küsten besteht. Die öffentliche Hand, alimentiert mit Geldern aus EU-Fonds, weitet ihre Investitionen hingegen wiederum erheblich aus. Diese gehen nach wie vor schwerpunktmäßig in die Verkehrsinfrastruktur. Weniger ausgeprägt, aber mit deutlich zunehmender Tendenz entwickelt sich der im Wesentlichen auf die Agglomerationen konzentrierte gewerbliche Bau. Investiert wird vor allem in modernen Büroraum, aber auch in Vergnügungsparks und in Fußballstadien, da Portugal 2004 die Europameisterschaft im Fußball ausrichtet.

Der private Konsum dürfte in ähnlich mäßigem Tempo ausgeweitet werden wie 2001, obwohl sich das Konjunkturklima aufhellt. Denn die Entlastungen durch die Steuerreform sind geringer, die zurückhaltendere Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand macht sich bemerkbar, und die Beschäftigung nimmt kaum noch zu. Auch bildet der Schuldendienst für die privaten Haushalte nach den vorangegangenen Übertreibungen bei der Kreditaufnahme weiterhin eine große Belastung. Der öffentliche Verbrauch dürfte in einer Größenordnung von 1 1/4% zunehmen.

Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage insgesamt befriedigend und weitgehend entspannt. Die Beschäftigung nimmt nur noch wenig zu, da die Produktivitätsfortschritte nicht viel geringer sind als das Wirtschaftswachstum. Hierzu trägt auch die verstärkte, lohnkosteninduzierte Rationalisierung bei. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf etwa 4 1/2% steigen, zumal per Saldo weiter Emigranten zurückkehren und der Einwanderungsdruck vor allem aus Nordwestafrika nicht nachlässt.

Der Preisauftrieb beruhigt sich zunächst weiter. Die günstigere Entwicklung der Erzeugerpreise wirkt immer noch auf die Verbraucherpreise durch, und die konjunkturelle Erholung steckt noch in ihrer produktivitätssteigernden Anfangsphase. Im späteren Verlauf des Jahres dürfte sich der Preisanstieg jedoch trotz stabilisierender Importpreise verstetigen. Die Konsumentenpreise liegen im Schnitt des Jahres vermutlich um ungefähr 3 3/4% über dem Niveau von 2001.

Abgeschlossen am 20. August 2001